

**Schuschke/Walker, Vollstreckung und Vorläufiger Rechtsschutz, 5. Auflage 2011, 2524 Seiten, Carl Heymanns Verlag, Euro 255,00 ISBN: 978-3-452-27187-7**

Der ursprünglich zweibändige Standardkommentar zur Vollstreckung und dem Vorläufigen Rechtsschutz wurde komplett überarbeitet und auf den Rechtsstand vom 01.03.2011 gebracht. Besonderes Augenmerk legten die Autoren in der Neubearbeitung neben den Regelungen der ZPO auf die europarechtlichen Aspekte des Vollstreckungsrechtes. Die einschlägigen Vorschriften der ZPO zur Vollstreckung europäischer Vollstreckungstitel, zum europäischen Mahnverfahren, zum europäischen Zahlungsbefehl und zum europäischen Verfahren für geringfügige Forderungen nach der EU-Verordnung Nr. 861/2007 sind ebenso vollständig kommentiert, wie die europarechtlichen Regelungen des Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetzes (AVAG), der EG Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (EuGVVO) sowie die einschlägigen europarechtlichen Verordnungen über europäische Vollstreckungstitel einschließlich des europäischen Mahnverfahrens.

In diesem speziellen Großkommentar sind zunächst die unterschiedlichen Arten der Zwangsvollstreckung nach dem 8. und 11. Buch der ZPO ausführlich erläutert und kommentiert. Dabei wurde umfangreiche Kommentarliteratur neben Monografien, Lehr- und Handbüchern und Kommentare zu angrenzenden Rechtsgebieten berücksichtigt. Dabei wird nicht nur die herrschende Meinung, sondern werden auch abweichende Meinungen dargestellt, sodass der Kommentar die jeweiligen Probleme umfassend darstellt und dem Nutzer die Möglichkeit einräumt, sich selbst ein Urteil zu bilden. Die breit gefächerten und zahlreichen Fundstellen ermöglichen es dem Leser, die dargestellte Meinung nachzuvollziehen und ggf. selbst zu überprüfen.

Beim Schuschke/Walker handelt es sich sicherlich nicht um einen Kommentar, der täglich benötigt wird. Die Zwangsvollstreckung stellt sich oft als unliebsames "Anhängsel" der anwaltlichen Tätigkeit dar. Immer wieder zeigt die Praxis jedoch Probleme bei der Umsetzung von Vollstreckungstiteln. Dabei erweist sich dieser Spezialkommentar als Rettungsanker, der auch für außergewöhnliche Probleme Lösungsansätze bietet.

Die Besonderheit dieses Werkes liegt jedoch in der Darstellung der europarechtlichen Bezüge der Zwangsvollstreckung. Wirft schon die Vollstreckung inländischer Titel mitunter ungeahnte Probleme auf, so stellen sich umso mehr Fragen, wie europäische Vollstreckungstitel vor Ort vollstreckt werden können und wie hier Titel geschaffen werden können, die sodann auch der Zwangsvollstreckung im europäischen Raum zugänglich sind. Insbesondere Praktiker, die – und sei es auch nur notgedrungen – über den deutschen Rechtstellerrand hinausblicken, finden hier die notwendige Stütze und Sicherheit auf nicht alltäglichem Terrain.

Auch wenn Rechtsprechung und Literatur auf dem Stand von März 2011 sind, werden bereits die zum 01.01.2012 in Kraft getretenen und zum 01.01.2013 in Kraft tretenden, teilweise gravierenden Gesetzesänderungen insbesondere zur Vermögensaufkunft, zum Schuldnerverzeichnis und zur Erzwingungshaft bei der Kommentierung berücksichtigt.

Dieser Kommentar zeigt, dass sowohl die ZPO in ihrem hinteren Teil als auch die europäischen Verordnungen für so manche Überraschung gut sind. Spezielle Probleme bedürfen spezieller Lösungen, die in der neuesten Auflage des Schuschke/Walker gefunden werden können.

Rechtsanwalt Peter Irrgeher, Gröbenzell

MAV Münchener AnwaltVerein e.V.

## Pro Justiz

Pro Justiz e.V. setzt in Zusammenarbeit mit dem Münchener Anwaltverein e.V. seine erfolgreiche Veranstaltungsreihe zu aktuellen rechtspolitischen Themen fort.

Sie sind herzlich eingeladen zum Vortrag mit anschließender Diskussion

### "EUROPA - Gesellschaft im Wandel"

Prof. Dr. Dr. h.c. Siegfried Broß

Dr. h.c. Universitas Islam Indonesia – Yogyakarta –, Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D., Honorarprofessor an der Universität Freiburg im Breisgau, Ehrenvorsitzender der Juristischen Studiengesellschaft Karlsruhe und der Deutschen Sektion der Internationalen Juristenkommission e.V.

**Dienstag, 05. März 2013 - 18.00 Uhr c.t.**

Künstlerhaus -Clubetage  
[Eingang Maxburgstraße]  
Lenbachplatz 8, 80333 München

#### Einführung

Die weltweite Finanzmarktkrise und in ihrem Gefolge die Eurokrise mit ihren verheerenden Folgen für mehrere Mitgliedstaaten, zunächst vor allem Griechenland, aber auch Spanien, Portugal und nunmehr Zypern, gibt Anlass, auch in der Vereinigung Pro Justiz über die Gesellschaft im Wandel nachzudenken. Die Armut wächst innerhalb der Europäischen Union und auch in Deutschland, wenn inzwischen etwa 15 % der Bevölkerung an der Armutsgrenze leben bei erschreckend hohen prekären Arbeitsverhältnissen von über 7 Millionen in Deutschland, innerhalb der Europäischen Union – jedenfalls statistisch – mindestens etwa 30 Millionen Menschen ohne Arbeit sind und die Arbeitslosigkeit junger Menschen z.B. in Griechenland eine Quote von etwa 50 % und in Spanien von 40 % erreicht hat. Begleitet wurde diese Entwicklung unbemerkt – zum Teil gleichsam vorbereitend – von der Dominanz ökonomischen Denkens von der Gemeinschaftsebene her, die dem Wettbewerbsgedanken und einer ökonomischen Sicht der elementaren Strukturprinzipien für ein Staatswesen die "wertbildende" Funktion zugemessen hat. Flankiert wurde diese Sicht in Deutschland etwa durch eine Theorie des "Gewährleistungsstaates", die den Staat auch aus elementaren Bereichen der Daseinsvorsorge und selbst der öffentlichen Sicherheit zurückdrängen möchte. Bei dieser Umgestaltung der rechtsstaatlichen Demokratie geht es nicht allein um die Privatisierung etwa von Verkehrsinfrastruktur und Post wie auch die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Elektrizität oder die Beseitigung von Abwasser und Müll. Vielmehr steht die Ökonomisierung der Justiz an, wie Teilprivatisierungen im Strafvollzug, der Deal und die Mediation verdeutlichen. Damit einher geht eine Verschiebung des Menschenbildes, wie sie dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht entspricht; denn die Würde des Menschen kann nicht in Euro oder Cent bemessen werden, ebenso sind Demokratie, Rechts- und Sozialstaat Werte an sich und unabdingbare Voraussetzung für ihr Gelingen ist eine stabile und in sich ruhende Gesellschaft.

Diesen Zusammenhängen geht der Vortrag nach.

Prof. Dr. Dr. h.c. Siegfried Broß